

Wem gehört die Information?

von Davide Brocchi, Köln

Information ist Macht. Der größte UN-Gipfel, der jemals stattgefunden hat, war weder der Armut oder dem Frieden gewidmet, sondern der Information. Rund 17.000 Personen nahmen an dem zweiten Weltgipfel der Informationsgesellschaft (WSIS) teil, der im vergangenen November in Tunis stattfand. Die dreitägige Diskussion wurde von einem einzigen Thema bestimmt: *Internet Governance*.

Entgegen dem Mythos vom dezentralen und unkontrollierbaren Internet haben die USA bisher die Vorherrschaft in der Koordination und Aufsicht des globalen Netzes behalten. Für die technischen Aspekte, die die globale Internet-Kommunikation ermöglichen (Domain-Namen, IP-Adressen, Internet-Protokolle, DNS, root servers) ist seit 1998 die private Organisation ICANN (*Internet Corporation for Assigned Names and Numbers*) zuständig. ICANN ist zwar gemeinnützig, untersteht jedoch dem US-Handelsministerium. Theoretisch könnte die US-Regierung ihren Einfluss auf ICANN missbrauchen und damit einzelnen Internet-Usern oder gar ganzen Ländern den Zugang zum Web abschneiden. Die Sonderrolle der USA im Netz hatte bisher eine historische Erklärung. Internet ist eine Erfindung, die unter der Ägide des US-Pentagons zustande kam. Doch seit seiner Entmilitarisierung hat sich Internet zu einem globalen Massenmedium entwickelt. Nur 31 Prozent der Webseiten ist heute auf Englisch. Die Zahl der weltweiten Internetnutzer nimmt rasant zu. 1999 wurden 380 Millionen User verzeichnet, 2004 waren es bereits 750 Millionen.

Aus diesem Grund sagte wenige Tage vor dem WSIS-Gipfel die für Medien zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding, es dürfe nicht mehr sein, dass ein einzelner Staat das Internet kontrolliere. Die EU setzt sich für eine Internationalisierung der Internet-Aufsicht ein. Regierungen von Staaten wie China, Brasilien, Indien oder dem Iran gingen noch weiter und forderten die Ablösung von ICANN durch einen regierungsamtlichen "Welt-Internet-Rat" unter Aufsicht der UNO. Die US-Regierung lehnte das kategorisch ab. Bisher habe doch alles gut funktioniert. Eine multilaterale Internet-Aufsicht, möglicher Weise unter dem Dach der UNO, bedeutet für die Vereinigten Staaten nur unnötige Bürokratie. Für die US-Regierung sollte kein Land, das jetzt schon in die Informationsfreiheit des Internets massiv eingreift, wie beispielsweise China, der Iran oder andere muslimische Staaten - einschließlich dem Gastgeberland Tunesien - die Möglichkeit bekommen, die globale Entwicklung des Netzes zu beeinträchtigen. Am Ende des Weltgipfels in Tunis wurde doch noch ein Kompromiss gefunden. Beschlossen wurde die Bildung eines „Internet Governance Forums“ (IGF), auf dem künftig Themen wie Netzzugang, Meinungsfreiheit oder Datenschutz diskutiert werden können. Das Forum hat allerdings nur konsultativen Charakter und tastet die ICANN-Kompetenzen nicht an, was die USA zufrieden stellte. Die EU-Kommissarin Viviane Reding meinte, die Vereinbarung von Tunis würde der schrittweisen Internationalisierung der Internet-Verwaltung den Weg ebnen. Immerhin wurden der Zivilgesellschaft und wirtschaftlichen

Interessen eine Mitsprachemöglichkeit im Forum eingeräumt. Die Abschlusserklärung betont, dass alle Regierungen gleichwertig an dem neuen Forum teilnehmen sollen. Das „Internet Governance Forum“ könnte sich also zu einer überwachenden Körperschaft entwickeln, die sicherstellt, dass ICANN auch wirklich unabhängig von den Interessen der US-Regierung agiert.

Das erste Forum wird Ende Oktober 2006 in Athen stattfinden. Am Vorbereitungstreffen von Mitte Februar in Genf entschieden die beteiligten Diplomaten, Wirtschaftsvertreter und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), dass das IWF einmal jährlich für zwei bis drei Tage tagen wird. Streit gab es bisher vor allem in der Frage, welche Themen in Athen auf die Agenda gehören.